

Klimagerechtigkeit heißt: Klimawandel entwicklungspolitisch denken!

Position des Bremer entwicklungspolitischen Netzwerks e.V.

Bereits heute sorgt der Klimawandel an vielen Orten der Welt für Hunger, zerstört die Lebensgrundlage von Millionen Menschen, zwingt zur Flucht, fordert Menschenleben. Die Verantwortung für die Verursachung des Klimawandels liegt dabei maßgeblich bei den Ländern des Globalen Nordens. Seit Jahren fordern Wissenschaft, entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen und Umweltverbände nicht nur mehr Tempo in Sachen Klimaschutz aufzunehmen, sondern zeigen gleichzeitig auch konkrete Handlungsoptionen auf.

Die Enquete-Kommission der Bremischen Bürgerschaft hat die Aufgabe, eine Klimaschutzstrategie für das Land Bremen zu entwickeln. Die Politik und somit auch der Bremer Senat sollte den Mut zusammennehmen, die immer wieder artikulierten Handlungsmöglichkeiten ambitioniert umzusetzen, denn angesichts bereits verfehlter Klimaschutzziele ist eines klar: Die Zeit drängt.

Aus entwicklungspolitischer Sicht besteht die Pflicht, schnell ins Handeln zu kommen und dabei die Klimagerechtigkeit in das Zentrum der Überlegungen zu stellen: Schon heute trifft der Klimawandel die Menschen im Globalen Süden mit besonderer Härte. Gleichzeitig haben die Länder des Globalen Südens jedoch am wenigsten zur Änderung des Klimas beigetragen und es mangelt oft an den notwendigen finanziellen Ressourcen, was die Möglichkeit zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels anbelangt.

I. Klimastrategie und entwicklungspolitisches Handeln stärker zusammenführen

Genauso wenig, wie der Klimawandel vor Grenzen Halt macht, dürfen die politischen Maßnahmen an den bremischen Landesgrenzen aufhören. Bremen sollte seine zukünftige Klimapolitik noch stärker mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen verbinden: Jede Bemühung für mehr Klimaschutz in Bremen und Bremerhaven sollte gleichzeitig auch ein Beitrag zur Globalen Gerechtigkeit und dem Schutz der Menschenrechte sein.

Unsere Vorschläge:

- Bei der Erarbeitung und Umsetzung der Klimaschutzstrategie sollte das Referat Entwicklungszusammenarbeit / Internationales der Senatskanzlei mit einbezogen werden.
- Die entwicklungspolitischen Leitlinien sollten sich noch stärker als Beitrag für globale Klimagerechtigkeit verstehen und diese zum Leitmotiv ihres Handelns machen.
- Immer wieder sorgt die europäische Grenzschutzpolitik für humanitäre Katastrophen. Der Einsatz auf Bundesebene für den Schutz und die Aufnahmen geflüchteter Menschen ist ein Gebot der Klimagerechtigkeit. Bremen muss gemeinsam mit anderen Städten und Ländern, den Druck auf die politischen Verantwortlichen in Berlin erhöhen, damit das gesetzlich verankerte Recht auf Asyl - auch für Klimaflüchtlinge - in Europa sichergestellt wird.

II. Finanzielle Unterstützung für den Klimaschutz im Ausland

Der Globale Norden ist zwar der Hauptverursacher des Klimawandels. Dem Klimawandel ist es jedoch egal, wo auf der Welt CO₂-Einsparungen vorgenommen werden. Aus diesem Grund ist ergebnisoffen zu prüfen, ob klimapolitische Investitionen des Landes Bremen nicht zu einem größeren Einspareffekt führen, wenn die monetären Mittel stattdessen im Globalen Süden, z.B. in den Partnerstädten Bremens, eingesetzt werden würden.

Unser Vorschlag:

- 5% aller Landesmittel, die bis 2030 in Bremen und Bremerhaven für Klimaschutz und Klimaanpassung ausgegeben werden, sollen entwicklungspolitische Auslandsprojekte mit diesen Schwerpunkten fördern.

III. Wir können es nur gemeinsam schaffen: Für mehr globale Kooperation beim Klimaschutz

Durch seine verschiedenen Städtepartnerschaften und die Klima-Partnerschaften mit Durban in Südafrika und Windhoek in Namibia, aber auch durch die vielfältige NGO-Landschaft und die diasporischen und migrantischen Communities mit Verwurzelung und Kontakten in die Länder des Globalen Südens, besitzt Bremen gute Voraussetzungen, um durch starke Partnerschaften einen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten zu können. Eine Klimastrategie für Bremen sollte sich noch stärker international vernetzen. Die Erfahrungen aus den erfolgreichen und langjährigen Partnerschaften mit Durban und auch mit Windhoek können hier zweifelsfrei einfließen.

Unsere Vorschläge:

- Aufbau weiterer Städtepartnerschaften mit Städten in Ländern des Globalen Südens. Einbeziehung des Expert*innenwissens der migrantischen und diasporischen Communities und der zivilgesellschaftlichen Entwicklungspolitik in Bremen bzw. von deren Partner*innen im Globalen Süden.
- Entwicklung und Ausbau von Austauschformaten von Mitarbeitenden aus den entsprechenden Verwaltungsbereichen wie auch den kommunalen Unternehmen, etwa mit hansewasser oder dem Umweltbetrieb Bremen und den entsprechenden Pendanten in Partnerkommunen.
- Entwicklung eines bremischen Stipendienprogramms für ausländische Studierende und Wissenschaftler*innen für den Klima-Bereich.

IV. Keine Lösung der Klimakrise ohne Transformative Bildung

Ein wirksames und aktives Eintreten von Bürger*innen für eine klimagerechte Welt der Zukunft erfordert eine transformative Bildung, welche die globalen Zusammenhänge aufdeckt und dazu befähigt, die eigenen Positionen und Rollen in diesen Zusammenhängen zu reflektieren. Menschen sollen hierdurch in die Lage versetzt werden, sich selbst und die Eine-Welt, in der wir alle gemeinsam leben, zu transformieren.

Unsere Vorschläge:

- Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen muss in allen formalen, non-formalen und informellen Bildungsbereichen strukturell verankert und finanziell abgesichert werden.
- Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen muss als Querschnittsthema in der Ausbildung von Lehrer*innen integriert werden.

Das BeN

Das Bremer entwicklungspolitische Netzwerk (BeN) ist das Netzwerk entwicklungspolitischer Initiativen, Vereine und Gruppen auf Bremer Landesebene und vertritt über 30 entwicklungspolitische Gruppen. Es dient der gemeinsamen Koordination nach innen und der zentralen Interessenvertretung nach außen.

Ziel des BeN ist es auf Landesebene die Zusammenarbeit der Gruppen in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeits- und Informationsarbeit zu fördern und zu verbessern. Entwicklungspolitik ist nicht nur die klassische Entwicklungsarbeit im Globalen Süden. Entwicklung ist auch hier notwendig - muss überall stattfinden. Das BeN will dazu mit entwicklungspolitischen Aktivitäten und Bildungsarbeit im Lande Bremen beitragen.

Kontakt:

Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V. (BeN)
Christopher Duis
Breitenweg 25; 28195 Bremen
Tel: 0421 - 69 53 14 53
Mobil: 0157 - 32 48 98 63
Mail: christopher.duis@ben-bremen.de
www.ben-bremen.de